

Regierungsumbildung in Frankreich

HOLLANDE UMSCHMEICHELT DAS LINKE LAGER – GRÜNE UND LINKE ZURÜCK

IM KABINETT

Nach dem Rücktritt des französischen Außenministers Laurent Fabius hat Staatspräsident François Hollande am vergangenen Donnerstag eine Regierungsumbildung vorgenommen. Im Kabinett unter Premierminister Manuel Valls sind nunmehr 38 Ressorts vergeben, darunter 18 Minister- und 20 Staatssekretärsposten. Diese Umbesetzung soll Hollande im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 als *équipe de combat* (Wahlkampfteam) die Zustimmung von Grünen und Linken sichern. Denn auffällig bei der Neubesetzung ist: die Grünen sowie Vertreter der radikalen Linken stellen wieder Regierungsvertreter. Dies sorgt jedoch eher für Skepsis und offene Fragen als für neuen Aufwind für den Präsidenten.

Prominenteste Umbesetzung ist Jean-Marc Ayrault als neuer Außenminister im Quai d'Orsay, der unmittelbar vor Manuel Valls – von 2012 bis 2014 – bereits selbst Premierminister unter Präsident Hollande war. Jean-Marc Ayrault ist als Außenminister die Nummer zwei in der Regierung. Er hat den Ruf, trotz seines freundlichen Auftretens Konflikte nicht zu scheuen. Ein großer Vorteil dieser Neubesetzung, gerade für die deutsch-französischen Beziehungen: Ayrault war vor seiner politischen Karriere als Deutschlehrer tätig, spricht fließend Deutsch und ist Deutschland sehr verbunden.

Zudem sind die Grünen wieder zurück in der Regierung: Emmanuelle Cosse (Ministerium für Wohnungsbau), die dafür den Austritt aus ihrer Partei in Kauf genommen hat,

Jean-Vincent Placé (Staatssekretär des Premierministers und dort zuständig für Staatsreformen) sowie Barbara Pompili (Staatssekretärin im Umweltministerium). Diese Neubesetzungen überraschten, weil die Grünen 2014 aus der Regierung ausgetreten waren. Auch einige Abgeordnete der Parti radicale de gauche sind nunmehr in der Regierung vertreten, darunter Parteichef Jean-Michel Baylet als Minister für Raumplanung und den ländlichen Raum.

Die Beweggründe für die Neubesetzungen werden von den drei großen Tageszeitungen Frankreichs, *Le Monde*, *Le Figaro* und *Libération*, ähnlich bewertet: Ziel sei es einerseits, der Regierung im letzten Fünftel ihrer Amtszeit ein neues, frisches Gesicht zu geben, andererseits die linke Basis in der Regierung zu stabilisieren, bei Grünen und radikaler Linken Rückhalt zu bekommen und sie für 2017 mit ins Boot zu holen. Das war das Rezept, das Hollande 2012 zum Gewinner der Wahlen gemacht hatte: er hatte es geschafft, die zerstrittene Linke zu einen.

Doch nun überwiegt die Skepsis. Während *Le Monde* von einer Linken „in Scherben“ spricht, geht die *Libération* noch weiter und spricht von *Hollande en état d'urgence*, Hollande im Ausnahmezustand – genau jenem Zustand, in dem sich Frankreich seit den Attentaten vom 13. November befindet und dessen Verlängerung in der Assemblée nationale schon beschlossen wurde und im März im Senat zur Entscheidung ansteht. Außerdem reiche diese „Begrünung“ der Regierung, so die *Libération*, nicht aus, um sich politisch weiter auch für andere linke Parteien zu öffnen, sondern schaffe eher das Gegenteil. Denn: Die Grünen missbilligen den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

JULIA KLESSE

Februar 2016

www.kas.de/frankreich

Schritt Emmanuelle Cosses, da ihnen die Regierung bei vielen Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen nicht entgegenkomme. Immerhin: Hollande hat zugestimmt, über den Ausbau des Flughafens in Notre-Dame-Des-Landes im Nordwesten Frankreichs per Referendum abstimmen zu lassen. Das Großprojekt erinnert an „Stuttgart 21“: seit mehreren Jahren stehen sich Befürworter und Gegner unversöhnlich gegenüber. Das Referendum, gedacht als Zeichen der Öffnung in Richtung der Grünen habe aber, schreibt *Le Figaro*, nur Symbolcharakter und reiche nicht, um ein gemeinsames Fundament zu errichten und eine vereinigte Linke zu schaffen. Vielmehr würden die Grünen durch die Aufnahme der drei Abgeordneten in die Regierung entzweit. Daher sieht der *Figaro* Hollande ein weiteres Mal dem Untergang geweiht: „*Bienvenue sur le Titanic*“ liest man dort.

Vertreter der anderen Parteien, insbesondere der bürgerlichen Républicains, können Hollandes Regierungsumbildung nicht nachvollziehen. Alain Juppé, ehemaliger Premierminister und möglicher Präsidentschaftskandidat für 2017, erachtet die Regierungsumbildung als einen Rückschritt und zweifelt daran, dass dieser die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Regierung untermauern könne, insbesondere bei einer Anzahl von fast 40 Ministern. Einziger positiver Aspekt sei, dass gleich viele Männer und Frauen in der Regierung vertreten seien. Den neuen Außenminister Ayrault beurteile er erst, wenn dieser erste Amtshandlungen vorgenommen habe, schreibt Juppé in einem Kommentar auf seiner Homepage. Er wünsche sich jedoch mehr Initiative und Aufwind, um Frankreich in Europa eine stärkere Stimme zu geben.

François Fillon, ehemaliger Premierminister und ebenfalls an der Präsidentschaftskandidatur für 2017 interessiert, fordert, nicht die Regierung, sondern die Politik mit Themen und Impulsen neu zu besetzen, alles andere sei verschwendete Zeit. Diese Zeit könne man besser nutzen, um sich vor allem der immer noch hohen Arbeitslosigkeit in Frankreich anzunehmen. Die ständigen Neubesetzungen seien eine französische Krankheit, die er im Falle seiner Wahl zum Staatspräsi-

denten abschaffen möchte, um mehr Autoritätsgewinn und Zuwachs an Respekt für die Minister zu garantieren. Pointiert kommentiert Bruno Le Maire, ehemaliger Minister und ebenfalls Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur der Républicains: „Frankreich dreht sich im Kreis. Man nimmt die gleichen und fängt wieder von vorne an.“

Überraschend ist, dass sich Nicolas Sarkozy als Parteichef der Républicains nicht zur Regierungsumbildung geäußert hat. Weder eine Pressemeldung noch eine Erklärung über Twitter. Auch bei einer Parteitagsrede zwei Tage nach der Regierungsumbildung blieb das Thema unkommentiert. Bei einem anschließenden Fernsehauftritt ließ sich Sarkozy lediglich die Bemerkung entlocken, dass er die gesamte bisherige Regierungszeit von François Hollande für eine Niederlage halte.

Ohne Überraschung hingegen die Reaktion des Front National: Parteichefin Marine Le Pen sieht das Ende der Präsidentschaft Hollandes längst als gesichert an. Die „xte“ Neubesetzung der Regierung lasse Frankreich nur weiter verlieren. Auch in den letzten Monaten der Amtszeit Hollandes werde sich nichts ändern. Ihr Stellvertreter Florian Philippot meint, Emmanuelle Cosse stehe für die unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen, Jean-Marc Ayrault für die unbegrenzte Unterwerfung Frankreichs unter die Europäische Union und Deutschland.

Ob François Hollande es durch die Neubesetzung des Kabinetts schaffen wird, neue Reformen durchzusetzen, das linke Lager zu einen und auf diese Weise bei den Wahlen 2017 mehr Stimmen zu gewinnen, erscheint aus heutiger Sicht fraglich.